

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend Transparenz bei Managergehältern öffentlicher Unternehmen

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Bericht des Rechnungshofausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Erhebung der durchschnittlichen Einkommen sowie der zusätzlichen Leistungen für Pensionen bei Unternehmen und Einrichtungen im Bereich der öffentlichen Wirtschaft des Bundes in den Jahren 2013 und 2014 (Reihe Einkommen 2015/1) (III-223/1006 d.B.)

BEGRÜNDUNG

Die Vorstandsgehälter in den öffentlichen Unternehmen sind intransparent. Es werden nur Durchschnittsgehälter ausgewiesen, es ist nicht ersichtlich, wie hoch die fixen und wie hoch die leistungsabhängigen Gehaltsbestandteile sind und es ist nicht nachvollziehbar, wie die Höhe der Vergütungen festgelegt wird. Erkennbar ist jedoch, dass die Vorstandsgehälter deutlich schneller wachsen als die Gehälter der übrigen unselbständig Beschäftigten und zwar mehr als dreimal so stark seit 2009. Es gibt also Handlungsbedarf.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, öffentlichen Unternehmen verbindlich vorzuschreiben, Vorstandsgehälter individuell und aufgliedert in fixe und variable Gehaltsbestandteile offenzulegen.

Die Bundesregierung wird weiters aufgefordert, von Aufsichtsräten öffentlicher Unternehmen Informationen über das jeweilige Vergütungssystem sowie die Begründungen für Gehaltsanpassungen der Vorstände einzuholen und gesammelt der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.



